

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem die Landtagswahl in NRW und die Bundestagswahl hinter uns liegen, wird inzwischen auch von allen Politikern in Bund und Land offen darüber gesprochen, dass die öffentlichen Finanzen in einer schweren Krise stecken. Schade nur, dass dieser Erkenntnisprozess, der bei vielen Bürgerinnen und Bürgern viel früher mit diesem Ergebnis abgeschlossen war, bei denen, die unser Land verantwortlich führen sollen, doch gelegentlich so lange dauert. Das ist und bleibt wohl das besondere „Geheimnis“ der Politik.

Jetzt wissen wir jedenfalls, was wir haben. Oder besser, was wir nicht haben.

Sie möchten nun von mir wissen, wie die Finanzen in Ostbevern in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr aussehen und wie die Prognose für die kommenden Jahre aussieht.

Der Haushaltsentwurf 2006 ist eine Prognose, und ich betone ausdrücklich Prognose. Denn wichtige Daten des Landes zum Haushalt 2006 liegen noch nicht vor. Von daher sind die Zahlen, die ich Ihnen jetzt vorstelle, mit Unsicherheiten belastet.

Der Haushaltsentwurf 2006 in Schlagworten:

- ausgeglichen
- keine Steuererhöhungen
- keine Kürzungen bei Zuwendungen an Vereine und Verbände
- keine (besser: nur wenige) Investitionen
- keine Kreditaufnahmen
- keine Haushaltssicherung (noch keine!)

Meine Damen und Herren,
damit könnte man doch eigentlich ganz zufrieden sein.

Ich gebe Ihnen recht! Aber bei genauerem Hinsehen treten doch einige Gefahrenstellen auf, die es zu beachten und zu beobachten gilt.

Seit 5 Jahren ist der Haushalt der Gemeinde strukturell nicht ausgeglichen. Das heißt, dass der laufende Betrieb der Gemeinde (= Ausgaben des Verwaltungshaushalts) nicht aus den laufenden Einnahmen der Gemeinde finanziert werden kann. Die Gemeinde lebt seit 5 Jahren vom Vermögensverzehr. Und jetzt kommt die schlechte Meldung: Nicht nur, dass der Haushalt 2006 strukturell nicht ausgeglichen werden kann, auch die Jahre 2007 bis 2009 weisen eine solche Situation aus. Das Jahr 2006 kann durch eine Rücklagenentnahme finanziert werden, für die Jahre 2007 bis 2009 muss auf das Eigenkapital, das die Gemeinde dem Abwasserwerk überlassen hat, zurückgegriffen werden. So jedenfalls die Finanzplanung. Ansonsten hätte es für und schon in diesem Jahr geheißen: Haushaltssicherung.

Wo liegen die Ursachen?

Es gibt nicht **eine** Ursache, es gibt bekanntlich **mehrere**.

Eine ganz wesentliche Rolle spielen dabei die desolaten Finanzen von Bund und Land. Der Bund wird auch im kommenden Jahr die sog. Maastricht-Kriterien nicht einhalten können, er wird neue Schulden machen müssen, um überhaupt arbeiten zu können. Wie Finanzminister Steinbrück vor wenigen Tagen ausführte, sind 20 % des Bundeshaushalts, also insgesamt etwa 50 Mrd. €, nachhaltig nicht durch Einnahmen gedeckt.

Und im Land sieht es nicht besser aus: In diesem Jahr gibt es ein Defizit von rd. 7,3 Mrd. €. Bis 2010 will NRW jährlich 10 Mrd. € einsparen, das entspricht etwa 18 % des jährlichen Haushaltsvolumens.

Wo will das Land sparen:

- 2 Mrd. bei den Sach- und Investitionsausgaben
- 2,5 Mrd. bei Zuweisungen und Zuschüssen (das trifft auch die Gemeinden)
- 3 Mrd. beim Personal
- für die verbleibenden 2 – 3 Mrd. werden derzeit alle Bereiche durchforstet

Die Städte und Gemeinden sehen dieses mit gemischten Gefühlen. Auch sie wissen, dass kein Weg an einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vorbei führt. Es muss endlich ernst gemacht werden; Sonntagsreden hat es genug gegeben.

Sorge haben die Städte und Gemeinden allerdings, weil, und ich zitiere den Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Jürgen-Bernd Schneider, der kürzlich in Oer-Erkenschwick bei der Arbeitsgemeinschaft Münsterland folgendes ausführte:

„Immer dann, wenn sich Bund und Länder einig waren beim Sparen oder beim Verkünden von Wohltaten, haben die Kommunen die Rechnung bezahlen müssen. Diese Art „staatlicher Zechprellerei“ muss unverzüglich beendet werden. Wer ein Füllhorn ausschütten will, muss es gefälligst selbst füllen.“

Und ich ergänze: Wer sparen will, soll nicht am Gürtel anderer herumfummeln, sondern bei sich selbst mit der Diät beginnen.

Nach dem etwas globaleren Blick nun zum Haushalt 2006 der Gemeinde Ostbevern.

Das Volumen des **Verwaltungshaushalts** erhöht sich um rd. 1 Mio. € auf 12,65 Mio. €, im **Vermögenshaushalt** um knapp 3 Mio. € auf 6,1 Mio. €. Dieser Anstieg im Vermögenshaushalt geht im Wesentlichen auf die in dieser Summe enthaltene Umschuldung von Krediten in Höhe von knapp 3,3 Mio. € zurück. Bereinigt reduziert sich das Volumen des Vermögenshaushalts auf etwa 2,8 Mio. €.

Es wäre gerade in dieser Zeit wichtig, der Wirtschaft durch öffentliche Aufträge Wachstumsimpulse zu geben, die sich auch in zusätzlichen Arbeitsplätzen niederschlagen. Doch das ist bei der derzeitigen Finanzsituation der öffentlichen Hand weitgehend Wunschdenken. Es heißt vielmehr auch in Ostbevern: Schieben, Strecken, Streichen.

Die **Einnahmesituation** der Gemeinde stellt sich derzeit relativ stabil dar. Eine positive Ausnahme macht hier die Gewerbesteuer, die sich in diesem Jahr mit rd. 800.000 € zusätzlich bei der Gemeinde einstellt. Veranschlagt waren 2 Mio. € im Haushalt 2005. Der Haushaltsentwurf 2006 sieht insgesamt auch 2,8 Mio. € an Gewerbesteuerereinnahmen vor.

Lassen Sie mich an der Stelle unseren Gewerbebetrieben ein dickes Lob aussprechen. Sie sind mir ihrem Können und ihrer Kreativität bisher gut durch diese wirtschaftlich angespannten Zeiten gekommen, haben weitgehend die Arbeitsplätze gehalten, in dem einen oder anderen Fall gar zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Die **Grundsteuer B** steigt. Das ist eine Folge der regen Bautätigkeit in unserer Gemeinde. Insgesamt sind 950.000 € veranschlagt, damit 40.000 € mehr als in 2005.

Stabil hingegen ist die **Grundsteuer A** mit 110.000 €.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** ist mit 2,5 Mio. € veranschlagt. Damit liegt der Ansatz 235.000 € über dem von 2005. Eine Folge der gestiegenen Steuerkraft in unserer Gemeinde.

Durch diesen Effekt gehen allerdings die Schlüsselzuweisungen zurück. Mehr als 1,87 Mio. € sind in 2006 nicht zu erwarten. Das sind 187.000 € weniger als im Vorjahr.

Diese Zahlen müssen, wie eingangs erwähnt, mit Vorsicht genossen werden. Trotz vorsichtiger Schätzung ist auch eine Korrektur nach unten nicht ausgeschlossen.

Der Landeshaushalt und das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 sollen erst Ende Januar dem Landtag zugeleitet werden. Mit der ersten Proberechnung, die für uns dann weitere Aufschlüsse liefert, wird Ende Januar gerechnet.

Insgesamt macht dieser Block der **Steuern und Zuweisungen** im Verwaltungshaushalt einen Anteil von 69 % aus. Die weiteren 31 % verteilen sich auf die Bereiche „Verwaltung und Betrieb“ (Mieten, Pachten, Gebühren), mit rd. 2 Mio. € quasi unverändert im Vergleich zum Vorjahr. Die sonstigen Einnahmen (Konzessionsabgaben, Zinsen u. a.) mit rd. 1,82 Mio. € haben sich in der Ansatzhöhe ebenfalls kaum verändert.

Auf der **Ausgabenseite** gibt es im **Verwaltungshaushalt** einige Positionen, die einer kurzen Erwähnung bedürfen.

Wie in den Vorjahren spreche ich auch heute zunächst die **Kreisumlage** an, die mit rd. 3,8 Mio. € den größten Anteil mit 30 % am Verwaltungshaushalt für sich beansprucht. Wie Sie wissen, ist der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage mit 32,6 %-Punkten unverändert geblieben.

Die Jugendamtsumlage wurde um einen halben Prozentpunkt auf 16,5 %-Punkte reduziert.

Entlastung haben die Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf aber noch rechtzeitig dadurch erhalten, dass der Kreistag in der vergangenen Woche beschlossen hat, die Raten für die Monate November und Dezember 2005 an den SGB II – Kosten zu erlassen. Das bedeutet für Ostbevern eine Entlastung von rd. 125.000 €, die sich für 2005 abschlussverbessernd darstellen.

Wer kritisiert, der muss auch mal loben: An der Stelle möchte ich mich beim Landrat bedanken, dass er diesen Weg mitgegangen ist und diesen Erlass noch in 2005 durch den Kreistag hat beschließen lassen. Ansonsten hätten die Städte und Gemeinden die Wirkungen erst Ende 2006, möglicherweise auch erst in Verbindung mit dem Haushalt 2007 spüren können. So hätten wir, die Städte und Gemeinden im Kreis, in der Vergangenheit auch gerne häufiger im Verhandlungswege die Fragen der Kreisumlage gelöst.

Ich habe bereits das SGB II angesprochen, besser bekannt unter Hartz IV. Die Wirkungen dieses Gesetzes schlagen sich im Gemeindehaushalt an verschiedenen Stellen nieder. So u. a. auch beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Dieser Kostenblock steigt auf insgesamt 4,3 Mio. €. Der Anstieg ist nahezu ausschließlich auf die Erstattung der SGB II - Kosten an den Kreis Warendorf zurückzuführen. Im UA 4820 sind an Erstattungszahlungen an den Kreis insgesamt 650.000 € veranschlagt.

Ich habe Ihnen in der Vergangenheit häufig dargestellt, welch verheerende Wirkung dieses SGB II auf unsere Gemeindefinanzen hat. Alle Städte und Gemeinden haben ebenso wie der Kreis Warendorf nach einem gemeinsam abgestimmten Rechenschema in den letzten 2 Wochen die Be- und Entlastungen durch das SGB II berechnet. Wir kommen hier im Kreis auf eine Netto-Belastung von 2,5 Mio. €. Danach hat sich für Ostbevern eine Belastung von 230.000 € in 2005 und für 2006 in der Größenordnung von 200.000 € ergeben.

Interessant auch, wie sich die Be- und Entlastungswirkungen in den einzelnen Städten und Gemeinden im Kreis einstellen. Es gibt nach dieser Berechnung auch im Kreis Warendorf Gewinner – wenn auch nur wenige. Die meisten Kommunen sind allerdings Verlierer, so auch Ostbevern.

Eines konnte gottlob abgewendet werden, nämlich der Vorschlag von Vizekanzler und Arbeitsminister Müntefering, den Bundesanteil bei den Kosten der Unterkunft auf 15 bzw. 19 % abzusenken. Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände haben ergeben, dass der Anteil bei mindestens 34,4 % liegen müsste, um kostenneutrale Wirkungen zu haben. Von der seinerzeit zugesicherten Entlastung der Städte und Gemeinden in Höhe von 2,5 Mrd. € spricht heute fast niemand mehr. Es ist jetzt vereinbart, dass die 29,1 % für 2005 und auch für 2006 bestehen bleiben. Insoweit können die Kommunen jetzt verlässlich rechnen.

Minister Müntefering hat zugleich angekündigt, in 2006 eine grundlegende Überprüfung der Berechnungsgrundlagen zur Festlegung der Quote im Einvernehmen mit den kommunalen

Spitzenverbänden vorzunehmen. Auf dieser Grundlage soll dann die Beteiligung des Bundes für die Jahre 2007 und die der Folgejahre festgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, so wird man allmählich bescheiden und freut sich schon fast, wenn anstelle einer vom Bund zugesicherten Entlastung die Belastung keine Ausmaße annimmt, die jegliche kommunale Handlungsfähigkeit erstickt hätte.

Wir sollten trotz dieser Zusicherung für die Jahre 2005 und für 2006 nicht davon ablassen, den Bund an seine Zusage der kommunalen Entlastung zu erinnern.

Ich rufe nur noch einmal kurz ins Gedächtnis: Nachdem die Gemeindefinanzreform Ende 2003 endgültig gescheitert war, kam der Bund mit Hartz IV. Hier sollten die Städte und Gemeinden eine finanzielle Entlastung erhalten. Der Bund hatte selbst mit knapp 15 Mrd. € gerechnet, es sind 10 Mrd. € für den Bund mehr geworden.

Fazit: Keine Gemeindefinanzreform, keine finanzielle Entlastung, vielmehr eine deutliche Belastung für viele kleine Kommunen.

Nach der Kreisumlage nun zum nächst größeren Kostenblock: **Personalkosten**.

Mit rd. 2,45 Mio. € veranschlagt, liegen sie um rd. 50.000 € höher als in 2005. Die Steigerung ist auf tarifrechtliche Vereinbarungen zurückzuführen. Zusätzliche Stellen sind nicht eingeplant.

Sie werden bei einem Vergleich mit dem Vorjahr feststellen, dass es bei den Angestellten und Arbeitern neue Bezeichnungen gibt: Aus Vergütungs- bzw. Lohngruppen wurden Entgeltgruppen. Ursache ist in diesem Fall der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Eine Folge dieses Tarifvertrages ist ebenso die rein rechnerische Erhöhung der Stellenzahl für Angestellte und Arbeiter. Waren es 2005 insgesamt 48,5 Stellen, sind es in 2006 insgesamt 52,5 Stellen. Denn aufgrund der neuen Struktur der Entgeltgruppen mussten einige bisher zusammengefasste Stellenanteile für sich ausgewiesen werden. Das erklärt diese Stellenvermehrung. Insgesamt werden auf der Gehalts- bzw. Entgeltliste der Gemeinde nicht mehr Personen stehen. Und das soll sich auch in 2006 nicht ändern.

Es gilt nach wie vor, dass der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget der Gemeinde niedrig bleiben soll.

An dieser Stelle möchte ich mich gerne bei allen Kolleginnen und Kollegen für die wiederum engagierte und bürgerfreundliche Arbeit bedanken. Wir müssen, so glaube ich, den Vergleich mit anderen Kommunen nicht scheuen.

Eine Position, die Ihnen beim Durcharbeiten des Verwaltungshaushaltes ins Auge springen wird, ist eine vorsorglich aufgenommene Ausgabeposition im UA 4360 für **Soziale Einrichtungen für Aussiedler**. Hier sind 170.000 € als Rückstellung für den Fall eingeplant, dass das Land die 2001 eingeführte Regelung umsetzt, wonach in der Regel nur 2 Jahre Unterkunftskosten von den Kommunen abgerechnet werden dürfen. Ob dieses auch für Ostbevern zutrifft, ist noch nicht entschieden. Daher ist diese Rückstellung vorsorglich eingesetzt.

Das **Lokale Bündnis für Familien** ist Ende Juni d. J. in Ostbevern gut gestartet. Es soll nun auch mit Schwung weitergeführt werden. Bekanntlich haben sich innerhalb dieses Projektes 4 Arbeitsgruppen gebildet. Hier ist einiges an inhaltlicher und ebenso an organisatorischer Arbeit zu leisten. Im Haushalt 2006 ist deshalb ein Betrag von 45.000 € eingesetzt, um dieses umfassende und viele Bereiche berührende Projekt mit externer Hilfe umsetzen zu können. Die Projektskizze, die in der nächsten Sitzung des Sport- und Sozialausschusses vorgestellt werden soll, sieht eine Laufzeit von insgesamt 2 Jahren vor.

Die Kosten der **Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen** werden in 2006 um rd. 39.000 € steigen. Bekanntlich hat das Bistum Münster die Berechnungsgrundlagen für die Kostenübernahme bei den sog. Überhanggruppen zu Lasten der Kommunen verändert. Alleine dadurch entstehen uns Mehrkosten von rd. 35.000 €. Zusätzliche 4.000 € wird die Gemeinde der Mutter- und Kindhilfe für die Betreuung der unter 3-jährigen zur Verfügung stellen. Auch an dieser Stelle ein Dank an die Mutter- und Kindhilfe und an deren Betreuungskräfte für dieses nicht selbstverständliche Engagement.

Die Gemeinde wird aufgrund der Umschuldungen, auf die eingangs schon hingewiesen worden ist, ab 2006 weniger **Kreditzinsen** zahlen müssen. In 2006 sind es rd. 50.000 € weniger Zinsen, in den nächsten Jahren werden es jährlich 118.000 € sein. Wie vom Gemeinderat beschlossen, wird diese Zinseinsparung genutzt, um die Tilgung zu erhöhen. Dadurch wird sich der Schuldenstand der Gemeinde im Finanzplanungszeitraum um voraussichtlich 420.000 € verringern.

Es bleibt zu hoffen, dass dieses Ziel nicht durch neue äußere negative Einflüsse zunichte gemacht wird. Aber auch wir selbst sollten darauf achten, dieses Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren.

Zum **Vermögenshaushalt** gibt es nicht viel zu sagen: Bereinigt um die Umschuldungen und zusätzlich um die Rücklagenentnahme liegt das tatsächliche Volumen bei nur 1,7 Mio. €. Seit Jahren haben wir in dieser Gemeinde nicht mehr einen solch „schlanken“ Vermögenshaushalt gehabt.

Meine Damen und Herren, das ist kein Grund zur Panik. Ich habe bereits im vergangenen Jahr bei der Einbringung des Haushalts 2005 von einer „kreativen Investitionspause“ gesprochen, die wir uns gönnen sollten (aus der Not eine Tugend machen). Wir müssen nun zwangsläufig diese Pause verlängern. Aber: Wir können es auch, denn wir haben in den vergangenen Jahren gut und solide in unsere Infrastruktur investiert. Unsere Schulen und Kindergärten sind in Ordnung, unsere Feuerwehr ist mit gutem Gerät ausgestattet, wir haben in großem Umfang unsere Pläne zur Energieeinsparung umgesetzt. Für Letzteres sind wir vor wenigen Wochen mit dem „Goldenen Energie-Oskar“ ausgezeichnet worden. Hierauf können wir zurecht stolz sein.

Es ist keine Frage, dass ich Ihnen heute gerne auch im Haushalt die eine oder andere Investition vorgeschlagen hätte. So sind Straßenbaumaßnahmen herausgefallen, weil sie sich auch in der Finanzplanung nicht darstellen ließen (z. B. Ausbau Großer Kamp, Ausbau Mühlenweg, Anlauffinanzierung Westumgehung). Gerne hätte ich mit Ihnen auch Finanzpläne für die Erweiterung des Rathauses diskutiert, um die Nebenstelle wieder in das „Mutterhaus“ zurückzuholen. Das alles ist zunächst gestrichen und auch in der Finanzplanung bis zum Jahr 2009 nicht wieder zu finden.

Auf Haushaltsmittel für folgende Investitionen ist gleichwohl in diesem Haushalt nicht verzichtet worden:

Neubau / Umbau Räume für die Offene Ganztagsgrundschule	255.000 €
Umbaumaßnahmen an den beiden Grundschulen	18.000 €
Erneuerung Technik im EDV-Raum der Hauptschule	10.000 €
Neugestaltung des Schulhofes Hauptschule (3. BA)	30.000 €
Erneuerung Lüftungsanlage Turnhalle Hauptschule	45.000 €
Kauf eines neuen Feuerwehrfahrzeuges LF 16/25	235.000 €
Einrichtung und Renovierung von Kinderspielplätzen	30.000 €
Kosten der Bauleitplanung	95.000 €
Ausbau der Straße am Rathaus	90.000 €
Ausbau Rathausparkplatz / Planungskosten	10.000 €
Straßenausbau Michael-Keller-Weg Teil II	40.000 €
Ankauf von Grundvermögen	100.000 €

Zwei Positionen im Vermögenshaushalt, die ich bisher nicht erwähnt habe, bedürfen einer kurzen Erläuterung:

Zum einen sind für die **Rückzahlung einer Landeszuwendung** zum Neubau der Beverhalle 40.000 € veranschlagt. Die Gemeinde hat sowohl bei der Beantragung der Landesmittel als auch später bei der Abrechnung gegenüber der Bezirksregierung Kosten für die Errichtung einer Tribüne mit 200 Sitzplätzen geltend gemacht. Nach Ansicht des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes konnten jedoch nur ca. 170 Sitzplätze nachgewiesen werden. Die Differenz liegt in der unterschiedlichen Beurteilung der Sitzbreite für einen Besucher. Die Tatsache, dass bei sportlichen und kulturellen Veranstaltungen tatsächlich bis zu 200 Besucher auf der Tribüne Platz gefunden haben, ist dabei für die rechtliche Beurteilung nicht maßgebend.

Wenn es hier nicht um 40.000 € ginge, könnte man darüber schmunzeln und sagen, dass die Hinterteile der Ostbeverner anscheinend schmaler ausfallen als die „genormten Gesäße“ in NRW.

Zur zweiten Position: Im UA 8880 ist unter **Baumaßnahmen** ein Betrag von 20.000 € veranschlagt. Wie aus den Erläuterungen zu sehen ist, handelt es sich dabei um Kosten für das Alte Feuerwehrgerätehaus, Bahnhofstraße 24. Die Firma, die das Gebäude angemietet hat, wird zum Ende dieses Jahres die Immobilie freimachen und auf ein größeres Gelände am Rande des Gewerbegebietes Nord umziehen.

Sie kennen meine Überlegungen, in diesem Gebäude eine **Jugend-Kunst-Werkstatt** einzurichten, wobei Jugend einen Zeitraum von durchaus 80 Jahren umfassen soll.

Inzwischen hat es mehrere Gespräche gegeben, die es realistisch erscheinen lassen, in diesem Haus ein Angebot für handwerkliche und ebenso für künstlerische Arbeiten einzurichten. Solche Angebote soll es gleichermaßen für Kinder, Jugendliche und ebenso auch für Erwachsene geben.

Das Konzept sieht in den Grundzügen so aus, dass Künstler und Handwerker in diesem Haus Kurse anbieten, die z. B. vom Jugendwerk oder künftig auch von der Offenen Ganztagsgrundschule, von der 13-Plus-Betreuung der Hauptschule u. s. w. gebucht werden.

In der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses im Februar kommenden Jahres möchte ich Ihnen dieses Konzept detaillierter vorstellen. Soviel kann ich aber schon jetzt sagen: Das Jugendwerk, das Kulturforum, das Handwerk und auch die Künstler vor Ort wollen sich in dieses Projekt mit einbringen. Es gilt jetzt, dafür die passende Form, auch für die Organisation eines solchen Betriebes, zu finden. Ein, so meine nicht nur ich, zukunftsweisendes Projekt für Ostbevern, welches auch zu dem im Sommer gegründeten Lokalen Bündnis für Familien sehr gut passt.

Meine Damen und Herren,

ich habe gerade das Jugendwerk mit angesprochen, das eine sehr gute Arbeit leistet. Vor einigen Jahren ist im Jugendwerk ein Projekt unter dem Thema „JuMaPo – Jugend macht Politik“ gelaufen. So richtig ist dieses Projekt jedoch nicht auf die Beine gekommen.

Gemeinsam mit dem Jugendwerk und in Zusammenarbeit mit der Uni Münster, mit der wir im Rahmen von KNIFF dazu bereits Kontakt aufgenommen haben, möchte ich ein Projekt auf den Weg bringen, bei dem es um die Beteiligung Jugendlicher an kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen geht. Wir haben in dem einen oder anderen Fall damit bereits sehr positive Erfahrung gemacht. Ich erinnere an die Beteiligung der Kinder aus dem Baugebiet Vogelpohl zur Gestaltung des Spielplatzes in diesem Frühjahr. Gerne möchte ich daran anknüpfen und gemeinsam mit den Jugendlichen und mit Ihnen durcharbeiten, wie Kinder und Jugendliche in solche Prozesse mit einbezogen werden können. Dass Kinder und Jugendliche sich einbringen wollen, haben wir festgestellt. Und es ist auch wichtig, dass wir die Jugendlichen mitnehmen, ihre Zukunft zu gestalten. Aber es ist auch wichtig zu erkennen, dass eine solche Beteiligung heute anders aussieht als noch vor einigen Jahren. Eine, so meine ich, spannende und zugleich zukunftsweisende Aufgabe, der wir uns stellen sollten.

Meine Damen und Herren,

noch einmal kurz zurück zu den Finanzen.

Ende 2006 wird die Rücklage der Gemeinde nach der Finanzplanung auf den Mindestbestand zurückgefallen sein. Wie eingangs erwähnt, haben Herr Schindler und Herr Busch für die Finanzplanung auf das Eigenkapital der Gemeinde, welches dem Abwasserwerk überlassen worden ist, zurückgreifen müssen, um nicht schon heute in die Haushaltssicherung gehen zu müssen. Hoffen wir, dass die Anfang der Woche vom Ifo-Institut veröffentlichte Prognose für den Geschäftsklimaindex zutrifft und die Wirtschaft im kommenden Jahr wieder deutlicher wachsen wird. Hoffen wir aber auch, dass wieder mehr Menschen in Arbeit zu-

rückfinden werden. Dann könnten sich Ende des kommenden Jahren die dunklen Wolken über unserem Finanzhimmel etwas aufhellen.

Lassen Sie mich mit der folgenden Bemerkung abschließen:

In jeder Krise stecken bekanntlich auch Chancen. Nutzen wir diese Chancen, die sich auch in unserer und für unsere Gemeinde bieten. Chancen sind wie Sonnenaufgänge – wer zu lange wartet, verpasst sie.

Wie haben in den vergangenen Jahren in Ostbevern in eine gute und zukunftsweisende Infrastruktur investiert. Es gibt derzeit keinen größeren Bau- und / oder Sanierungsbedarf an unseren gemeindlichen Immobilien. Die „kreative Investitionspause“, von der ich im vergangenen Jahr gesprochen habe, müssen wir noch ein wenig ausdehnen. Aber nutzen wir diese Zeit, in der die Investitionen zurückstehen müssen, zur inhaltlichen Diskussion und zur weiteren qualitativen und zukunftsorientierten Ausrichtung unserer Gemeinde. Dieses kostet uns kein oder nur wenig Geld, es kostet allerdings Zeit, die dann aber gut investiert ist.

Lassen wir diese Chance nicht vorübergehen. Ich lade Sie und alle Einwohner dieser Gemeinde herzlich ein, daran mitzuwirken.

Ich wünsche Ihnen Zeit. Zeit für Muße an den bevorstehenden Feiertagen. Zeit, um Kraft zu sammeln für sicherlich nicht kleinere Herausforderungen im kommenden Jahr. Aber auch Zeit, um diesen Haushaltsentwurf, den ich Ihnen hiermit übergebe, durchzuarbeiten. Es ist der letzte Haushalt nach kameralen Grundsätzen. Der nächste Haushalt wird ein sog. doppischer Haushalt nach den Grundsätzen des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement) sein. Ich muss Ihnen allerdings die Hoffnung nehmen: NKF ist kein Medikament zur Verbesserung von Finanzen, NKF ist lediglich ein Instrument.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.